



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

Drs. 17/16271

**Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Uni-
on;**

**Mitteilung der Kommission an das Europäische
Parlament, den Rat, den Europäischen Wirt-
schafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der
Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Saubere Energie für alle Europäer
COM (2016) 860 final
BR-Drs. 738/16**

I. Beschlussempfehlung:

Der Landtag nimmt die Einschätzung der Staatsregierung zur Kenntnis und stellt fest, dass die Unterrichtung der Kommission selbst zwar keine konkreten Rechtssetzungsvorschläge enthält. Sie ist aber im Zusammenhang mit den konkreten Rechtssetzungsvorschlägen im „Winterpaket“ zu sehen.

Mit verschiedenen Maßnahmen in diesen Vorschlägen zielt die Kommission darauf ab, die nationale Energiepolitik der Mitgliedstaaten deutlich über den der EU gesetzten Kompetenzrahmen hinaus inhaltlich zu bestimmen. Außerdem sollen bisher auf nationaler Ebene geregelte Aufgaben zunehmend auch organisatorisch auf europäischer Ebene zentralisiert werden. Diese Bestrebungen werden wie von der Bayerischen Staatsregierung auch vom Bayerischen Landtag strikt abgelehnt.

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Markus Blume
Martin Stümpfig**

II. Bericht:

1. Das EU-Vorhaben gemäß § 83c BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Vorhaben gemäß § 83c BayLTGeschO endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat das Vorhaben am 1. Juni 2017 in seiner 67. Sitzung federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
in der in I. genannten Weise entschieden.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Vorhaben am 20. Juni 2017 in seiner 61. Sitzung endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
entschieden, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen, mit der Maßgabe, dass in Satz 1 die Worte „nimmt die Einschätzung der Staatsregierung zur Kenntnis und“ gestrichen werden und dass nach dem zweiten Absatz der Satz „Der Beschluss wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.“ angefügt wird.

Erwin Huber
Vorsitzender